

Wie geht es mit der Gedenkstätte weiter?

Kaufering VII Das ehemalige Außenlager beschäftigt den Landtag. Die Abgeordnete Gabriele Triebel hofft, dass sich nun etwas tut, um ein Besucherzentrum zu errichten. Und sie kritisiert die Gedenkstättenstiftung

VON GERALD MODLINGER

Landsberg Wie soll der Gedenkort am ehemaligen KZ-Außenlager Kaufering VII an der Erpfinger Straße in Landsberg ausgestaltet werden? Soll dort ein Besucherzentrum größeren Zuschnitts entstehen oder soll daraus ein eher zurückhaltendes Projekt ohne Personal und Seminarräume werden? Um diese Frage dreht sich die Debatte um Kaufering VII, die am Donnerstagvormittag auch wieder einmal den Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags beschäftigt hat.

Eine Antwort lieferte die Sitzung nicht, aber die Kauferinger Landtagsabgeordnete Gabriele Triebel (Grüne) ist mit dem aktuellen Stand nicht ganz unzufrieden. Denn im neuesten Zwischenbericht des Kultusministeriums wird für Triebel zum ersten Mal genau dieser Konflikt erstmals schriftlich dokumentiert. Da sind auf der einen Seite diejenigen, die ein mit Fachpersonal betreutes Besucherzentrum haben wollen. Das sind die Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung als Eigentümerin eines Teils des früheren Lagergeländes und auch Gabriele Triebel. Auf der anderen Seite favorisiert die Stiftung Bayerische Gedenkstätten ein, wie es im Bericht des Ministeriums heißt, „eher zurückhaltendes Projekt“.

Dieser Konflikt zog sich auch durch die Beratungen einer von der Stadt Landsberg ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung des früheren Landtagsabgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU). Goppel erklärte dazu im vergangenen Herbst, dass bei einer Besichtigungsfahrt zu mehreren Gedenkstätten auch in der Arbeitsge-



Soll, und wenn ja, wie kann das ehemalige Außenlager Kaufering VII als Gedenkort weiterentwickelt werden? Seit vielen Jahren wird darüber in Landsberg, aber auch im Landtag diskutiert.

Archivfoto: Julian Leitenstorfer

meinschaft die Meinung vertreten wurde, man müsse in Landsberg nicht so groß einsteigen. Im abschließenden Bericht der Arbeitsgemeinschaft ist die spätere Einbindung und Ausgestaltung des Lagers VII offengehalten. Diese Meinungsverschiedenheit führte dazu, dass am Ende die Holocaustgedenkstätte Stiftung sich aus den Beratungen der Arbeitsgemeinschaft zurückgezogen hatte.

„Die Arbeitsgemeinschaft hat in keiner Weise erfolgreich gearbeitet“, kritisiert die Landtagsabgeordnete Gabriele Triebel, und sie erhebt den Vorwurf, dass ihre Ergeb-

nisse „vorgegeben“ gewesen seien. „Die Arbeitsgemeinschaft war für mich mehr oder weniger für die Katz.“ Im Bildungsausschuss habe sie am Donnerstag gefragt, wo die Haltung der Gedenkstättenstiftung herrühre. Viel habe sie dabei nicht erfahren, nur so viel, dass es im Stiftungsrat hierüber keinen Beschluss gebe. So könne sie nur spekulieren: „Für mich heißt das, dass der Karl Freller (CSU-Landtagsabgeordneter und Direktor der Stiftung, d. Red.) oder irgendjemand beschlossen hat, da gibt es nichts.“

Gabriele Triebel hofft aber nun, wie sie nach der Sitzung gegenüber

dem *LT* sagte, dass am Ende doch mehr als nur ein „zurückhaltendes“ Gedenkprojekt entstehen kann. Sie hoffe dabei insbesondere auf den neuen Kultusminister Michael Piatzolo (Freie Wähler). Denn dessen Haus habe den Konflikt nun auch klar benannt. Außerdem will sie am 3. Mai zusammen mit dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Markus Bayerbach (AfD), und der CSU-Abgeordneten Ute Eiling-Hütig das ehemalige Außenlager besuchen. Ebenfalls im Mai sei Kaufering VII dann auch Thema im Haushaltsausschuss: Triebel hat beantragt, in den nächsten beiden Jahren

im Staatshaushalt jeweils 100 000 Euro für Planungskosten vorzusehen.

Den Gedenkort Kaufering VII sieht Triebel auch in einem größeren Zusammenhang: „Wir brauchen ein ausgewogenes Bild von Täter- und Opferorten“, sagt die Abgeordnete. „An Täterorten wie dem Obersalzberg oder dem Zeppelinfeld werden 30 und 70 bis 80 Millionen Euro ausgegeben und bei uns, gibt es da 300 000 Euro für einen Opferort? Da geraten wir in eine

Petition von Edith Raim wird zurückgestellt

peinliche Rechtfertigung auch von internationaler Seite“, befürchtet Triebel. Die Tonröhrenbunker in Kaufering VII seien in Deutschland einmalig. Nirgendwo anders gebe es noch solche baulichen Zeugnisse der Konzentrationslager.

Ein Beschluss zum weiteren Vorgehen in Sachen Gedenkort Kaufering VII wurde im Bildungsausschuss nicht gefasst, nur zu einer Petition der Landsberger Historikerin Dr. Edith Raim. Eine Entscheidung darüber wurde ein weiteres Mal zurückgestellt, berichtet Triebel, „bis das Kultusministerium und wir im Ausschuss zu einem Ergebnis gekommen sind“. Raims Petition geht im Kern auf eine Eingabe ihres 2015 verstorbenen Vaters zurück, die dieser bereits 1998 gemacht hatte. Den Raims geht es darin unter anderem darum, die Lagerreste sichtbar(er) und frei begehbar zu machen. Das Ministerium sieht durch die Entwicklung der vergangenen Jahre einen Teil der Forderungen bereits als erfüllt an.